



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der
Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

Kassel, 11. Juni 2021

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Klimaschutzgesetz haben wir 2019 den Weg zu Klimaneutralität gebahnt. In dieser Woche ist die Novelle in 1. Lesung eingebracht worden, mit der wir zügig auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts reagieren: **Bis 2030 wollen wir 65 Prozent weniger Treibhausgasemissionen, bis 2040 eine Reduktion von 88 Prozent. Und: Spätestens 2045 leben wir klimaneutral.** Um das zu erreichen, sind wir heute dabei, unser Leben, Arbeiten und Wirtschaften bedeutend zu verändern. Das geht aber nur, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen. **Die Debatte um eine vorgezogene Erhöhung der CO2-Preise muss darauf Rücksicht nehmen, dass klimafreundliche Alternativen für viele aktuell noch nicht zur Verfügung stehen oder noch unbezahlbar sind.** Daher ist es richtig, den CO2-Preis – wie beschlossen – Schritt für Schritt anzuheben, statt zu schnell und unzuverlässig an der Preisschraube zu drehen, wie es die Grünen und Teile der Union fordern. Am Ende ist der CO2-Preis ein wichtiges Instrument unter vielen. **Wichtig ist, dass wir jetzt mit großen Schritten beim Ausbau Erneuerbarer Energien vorankommen.**

Dass die bereits in der Regierung vereinbarte hälftige Aufteilung der CO2-Heizkosten zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen von der Union verhindert wurde, zeigt abermals, auf welcher Seite der Koalitionspartner steht. Ebenso hat die Union eine notwendige und mögliche Einigung beim Thema Kinderrechte ins Grundgesetz verhindert. CDU/CSU waren in letzter Konsequenz nicht bereit, die Rechte von Kindern und ihren Familien zu stärken.

Einem anderen Gesetz konnten wir zum Durchbruch verhelfen – trotz hartnäckiger Widerstände in den Unionsreihen: dem Zweiten Führungspositionengesetz. **Vorstandsposten in Deutschland werden in Zukunft nicht mehr eine reine Männerdomäne bleiben.** Und börsennotierte oder mitbestimmte Unternehmen können sich auch nicht länger mit einer Zielgröße null Frauen durchschummeln, sondern müssen das künftig begründen.

Endlich gibt es den Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern. Auch dafür haben wir lange gekämpft. Wir unterstützen den Ausbau mit 3,5 Mrd. Euro für Investitionen und beteiligen uns darüber hinaus auch an den laufenden Betriebskosten. Wir sind überzeugt, dass ist gut angelegtes Geld, wie zuletzt auch die Corona-Zeit in aller Deutlichkeit gezeigt hat – und wird vielen Kindern und ihren Familien zugutekommen.

Eine weitere gute Nachricht ist, dass wir die Pflege reformieren. Hubertus Heil, Olaf Scholz und unser Verhandlungsteam der Fraktion sind in den Gesprächen mit Gesundheitsminister Spahn hartnäckig geblieben: **Künftig werden Pflegekräfte in Deutschland nach Tariflohn bezahlt.** Das bedeutet für die Beschäftigten in der Pflege eine ordentliche Bezahlung und die Anerkennung, die sie verdienen (mehr auf Seite 3).

Faire Arbeitsbedingungen und eine gute Gesundheitsversorgung sind auch der Garant dafür, dass wir die Corona-Pandemie überwinden können. Die vergangenen Wochen lassen uns hoffen: Sinkende Infektionszahlen und eine niedrige 7-Tage-Inzidenz machen Restaurant- und Biergartenbesuche wieder möglich. **Dennoch müssen wir weiter achtsam sein.** Steigende Infektionszahlen in Nachbarländern und neue Virusvarianten können auch hierzulande das Infektionsgeschehen wieder hochtreiben. **Auch nach mehr als einem Jahr befinden wir uns immer noch in der Pandemie.** Deshalb wird das Fortbestehen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite um weitere drei Monate verlängert.

Euer

Timon Gremmels, Energiepolitiker und direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Kassel.

- Seit September 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags in der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Petitionsausschuss



Ich unterstütze die erneute Bewerbung unseres Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier. Er ist der richtige Bundespräsident für unser Land.

Wahlkreisbüro Kassel
Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel
✉ timon.gremmels.wk@bundestag.de
☎ Telefon 0561 700 10 52
☎ Telefax 0561 700 10 53
🏠 www.timon-gremmels.de



Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

Olaf Scholz hat den Durchbruch erzielt

Globale Mindestbesteuerung kommt!

Internationale Giganten wie Amazon, Google oder Apple erwirtschaften Milliarden, zahlen aber oft weniger Steuern als ihre Beschäftigten. Mit dieser massiven Ungerechtigkeit soll bald Schluss sein!

Finanzminister Olaf Scholz kämpft seit Jahren vehement für eine globale Mindeststeuer. Nun haben sich seine Kolleginnen und Kollegen aus den sieben größten Industrienationen „G7“ hinter dieses Konzept gestellt.

Die Einigung der G7 sieht vor, eine **effektive globale Mindestbesteuerung mit einem Mindeststeuersatz von 15 Prozent einzuführen**. Damit soll der ruinöse Steuerunterbietungswettbewerb zwischen den Staaten eingeschränkt werden. Egal ob Möbelkonzern oder digitale Suchmaschine: alle Firmen sollen so effektiv zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Geringe Steuersätze in Steueroasen würden künftig mit Steuerzahlungen in anderen Ländern verrechnet, so dass sich Gewinnverschiebungen für Konzerne nicht mehr lohnen sollen. Wenn Konzerne ihre Gewinne in Steueroasen mit geringen Steuersätzen verschieben, kann das Land, in dem der Konzern seinen Sitz hat, die Differenz mit einer Nachversteuerung durchsetzen. Das sorgt auch für mehr Fairness in der Wirtschaft: Während global agierende Konzerne Gewinne in Steueroasen verschieben können, bleibt diese Möglichkeit vorwiegend mittelständischen Betrieben verwehrt, die brav in Deutschland ihre Gewinne versteuern. Damit würde ein Wettbewerbsnachteil ausgeglichen.

Im nächsten Schritt soll eine Einigung der G20 erzielt werden: **Das ist ein echter Meilenstein für mehr Steuergerechtigkeit!** Wir bleiben weitem dran, damit auch die Großen ihren fairen Anteil zum Gemeinwohl beisteuern.

Mehr Informationen:
<https://bit.ly/3gmwG44>

Union auf Seiten der Vermieter

Klimaschutz und sozialen Ausgleich zusammendenken

Beim Klimaschutz muss die soziale Frage immer mitgedacht werden. Das ist die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahrzehnte. Die Union tut das nicht. Es ist eine **Ohrfeige für alle Mieter:innen** in Deutschland, dass die Unionsfraktion die bereits vereinbarte Aufteilung der Heizmehrkosten durch eine CO₂-Bepreisung zwischen Mieter:in-nen und Vermieter:innen verhindert hat.

Die Union meint, dass die Mieter:innen einfach weniger heizen und dann frieren sollen. Das ist soziale Kälte. Es ist nicht nur ungerecht, die Kosten einfach auf die Mieter:in-nen umzulegen – es führt auch nicht zur gewünschten Lenkungswirkung: Denn sie können nicht bestimmen, welche Heizanlage im Haus eingebaut wird.

Wir wollen, dass die **Vermieter:innen mindestens die Hälfte der Preissteigerung übernehmen**. Aber die Immobilienlobby hat unseren Koalitionspartner fest im Griff.

Gelegenheiten zum persönlichen Gespräch

Einladung zur „Timons Schnuddelrunde“

Ich bin regelmäßig mit Bürgerinnen und Bürgern im Dialog. Auch in Zeiten der Pandemie war ich immer ansprechbar, meist am Telefon – nun endlich auch wieder mal vor Ort.

Am Samstag besteht in der Zeit zwischen 9 und 12 Uhr die Möglichkeit zum Austausch vor der Kasseler Markthalle.

In der kommenden Woche biete ich wieder meine bekannte Telefon-Sprechstunde für alle an, die eine Frage haben oder ein persönliches Anliegen mit mir besprechen möchten. Für eine bessere Planung bitte ich um vorherige Anmeldung in meinem Kasseler Wahlkreisbüro mit kurzer Nennung des Gesprächsthemas und der Kontaktdaten unter **0561 - 700 10 52** oder E-Mail an timon.gremmels.wk@bundestag.de.

»Alexa, hör auf, Dich vor Steuern zu drücken.«



SPD
Fraktion im
Bundestag



VOR DER MARKTHALLE KASSEL

Samstag, 12. Juni 2021 — 9:00 bis 12:00 Uhr



Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

Wir stellen uns gegen die soziale Kälte von CDU/CSU

Rente erst mit 68? Nicht mit uns!

Das Beratergremium bei Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat eine Reform hin zur Rente mit 68 vorgeschlagen. Frei nach dem Motto: Wer länger lebt, soll auch länger arbeiten. Aber: **Das ist soziale Spaltung pur - und da machen wir nicht mit!**

Denn: **Nicht in jedem Beruf kann man bis 68 arbeiten.** Wer dann etwa aus gesundheitlichen Gründen oder vergeblicher Jobsuche früher in Rente geht, muss mit deutlichen Abschlägen rechnen.

Hinzu kommt: Wer wenig Einkommen hat, lebt in der Regel kürzer. Bei einem höheren Renteneintrittsalter hat man also weniger oder gar nichts mehr von den eingezahlten Beiträgen. Die Debatte um die Rente darf nicht zur sozialen Spaltung missbraucht werden.

Für uns ist klar: Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau. **Durch die Einbeziehung von Selbstständigen, Beamt:innen, freier Berufe und Mandatsträger:innen gestalten wir die gesetzliche Rentenversicherung solidarischer und stellen sie auf eine breitere Finanzierungsgrundlage.**

Faire Löhne in der Pflege

Deutliche Verbesserungen in der Pflege

Viele Pflegekräfte in der Altenpflege in Deutschland arbeiten dauerhaft an ihrer Belastungsgrenze. **Die große Mehrheit von ihnen erhält bisher jedoch keine angemessene Entlohnung.**

Wie groß der Handlungsbedarf in der Branche ist, hat sich nicht erst mit Corona gezeigt. Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag ließ sich wegen des Vetos aus den Reihen der kirchlichen Träger leider bisher nicht durchsetzen. Dabei würde eine tarifliche Entlohnung der Beschäftigten die Arbeitssituation in der Pflege deutlich verbessern: **Bessere Löhne machen den Beruf attraktiver und erleichtern es, dringend benötigte Fachkräfte für die Altenpflege zu gewinnen und zu halten – und bessere Löhne gibt es bei mehr Tarifbindung.** Deshalb hat die Bundesregierung gesetzliche Vorschriften zur besseren Bezahlung auf den Weg gebracht. Ab September 2022 sind Altenheime und Pflegedienste in Deutschland nur dann zugelassen, wenn sie ihre Angestellten nach Tarif bezahlen.

Werden alle Pflegekräfte künftig nach Tarif bezahlt, kostet das mehr. Die Kosten dürfen aber nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Familien gehen. **Der Entwurf sieht deshalb eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung für Kinderlose vor und zwar um 0,1 Prozent auf 3,4 Prozent.** Zudem beteiligt sich der Bund mit jährlich einer Mrd. Euro an den Kosten.

Neben Tariflöhnen in der Pflege nimmt die Bundesregierung darüber hinaus die pflegebedingten Eigenanteile für Pflegebedürftige in den Blick. Um Pflegebedürftige vor steigenden finanziellen Belastungen zu schützen, sieht der Entwurf zeitlich gestaffelte Zuschläge vor. Die Zuschläge fallen umso höher aus, je länger man sich in einem Heim aufhält: Fünf Prozent im ersten Jahr; nach einem Jahr 25 Prozent; nach zwei Jahren 45 Prozent und nach drei Jahren 70 Prozent.

Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung auf weitere Hilfen für die Krankenkassen geeinigt. Die Kosten für Impfungen und Tests werden im Jahr 2021 vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert. Dadurch werden die Kassen um rund 3 Mrd. Euro entlastet. Für 2022 wird der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds um 7 Mrd. Euro erhöht, um höhere Beiträge für Versicherte in Zukunft zu vermeiden.

Mehr Informationen:

<https://www.spdfraktion.de/themen/bessere-loehne-pflegekraefte>

Rente mit 68?
Nicht mit uns!

SPD
Fraktion im
Bundestag



Archivbild von meinem Sommerpraktikum 2018 im
Klinikum Kassel.



Weitere Fortschritte für die Energiewende

Kleine Solar-Dachanlagen können künftig pauschal von der Einkommensteuer befreit werden

Kleine Solaranlagen können künftig pauschal von der Einkommensteuer befreit und damit **ganz ohne Finanzamt betrieben werden**. Das ist eine gute Nachricht für den weiteren Ausbau der Solarenergie und der dezentralen Energiewende insgesamt.

Gerade für private Anlagenbetreiber wirken steuerliche Belastungen und bürokratische Hürden oftmals abschreckend. Daher ist es konsequent und folgerichtig, kleine Solaranlagen nach der Befreiung von der Gewerbesteuer im Zuge des Jahressteuergesetzes 2019 nun auch von der Einkommensteuer zu befreien. **Der Betrieb kleiner Solaranlagen ist damit endlich ganz ohne Finanzamt möglich**. Nach den erheblichen Verbesserungen beim Mieterstrom konnten damit auch für Eigenheim-Besitzer spürbare steuerliche Erleichterungen umgesetzt werden. Damit bringen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter voran.



Hintergrund: Nach einer aktuellen Entscheidung des Bundesfinanzministeriums können sich private Anlagenbetreiber von Solaranlagen bis 10 kWp rückwirkend für alle noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Steuerjahre pauschal von der Einkommensteuer befreien lassen. Bislang mussten die Anlagenbetreiber den Nachweis der Liebhaberei erbringen, um von der Einkommensteuer befreit werden zu können. Hierfür musste dem Finanzamt aufwändig nachgewiesen werden, dass keine unternehmerische Gewinnerzielungsabsicht vorliege.

Kinderbetreuung wird deutlich verbessert

Ganztagsbetreuung in der Grundschule – garantiert

Wie wichtig eine funktionierende Kinderbetreuung ist, hat die Corona-Pandemie in aller Schärfe gezeigt. Vom ersten Geburtstag bis zum Schuleintritt besteht schon jetzt ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Aber wir wollen mehr: **Eltern sollen auch einen Rechtsanspruch darauf haben, ihre Kinder im Grundschulalter bis in den Nachmittag hinein betreuen zu lassen**. Dafür haben wir lange gekämpft. Das Gesetz zur Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern wird in dieser Woche verabschiedet.



Ab 2026 sollen zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben, in den Folgejahren wird er um je eine Klassenstufe ausgeweitet. **Somit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung**.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder soll in Horten ebenso wie in offenen und gebundenen Ganztagschulen erfüllt werden. Dafür müssen noch zahlreiche zusätzliche Plätze geschaffen werden.

Damit Länder und Gemeinden ein solches Angebot schaffen können, unterstützt der Bund den Ausbau mit bis zu 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in Ganztagsschul- und Betreuungsangebote. Davon werden 750 Mio. Euro über das Investitionsprogramm zum beschleunigten Ausbau der Bildungsinfrastruktur für Grundschul Kinder bereits abgedeckt. Der Bund beteiligt sich darüber hinaus aber auch an den laufenden Betriebskosten der Ganztagsbetreuung: mit 100 Mio. jährlich ab 2026 und dann ansteigend bis 2030 mit 960 Mio. pro Jahr.



Auswahl weiterer Beratungen im Bundestag

Was in dieser Woche noch beraten wurde:

- In dieser Woche werden wegen zahlreicher Korruptions- und Lobbyismusskandale die **parlamentarischen Transparenzregeln deutlich verschärft**. Das entsprechende Gesetz von CDU/CSU; SPD; LINKE und Grüne wird am Ende dieser Woche in 2./3. Lesung beschlossen. **Künftig werden anzeigepflichtige Einkünfte aus Nebentätigkeiten und Unternehmensbeteiligungen auf Euro und Cent genau veröffentlicht**. Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften werden bereits ab fünf Prozent statt bislang ab 25 Prozent der Gesellschaftsanteile veröffentlicht. Auch Aktienoptionen müssen angezeigt werden. Außerdem verbieten wir die von Dritten bezahlte Lobbytätigkeit von Bundestagsabgeordneten gegenüber dem Bundestag oder Bundesregierung. Ebenfalls untersagt werden Honorare für Vorträge im Zusammenhang mit der parlamentarischen Tätigkeit oder die Entgegennahme von Geldspenden. **Künftig werden Delikte der Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit als Verbrechen mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr geahndet**.
- In dieser Woche schließen wir zudem die Beratungen zur **Reform des Bundespolizeigesetzes** ab. Das Gesetz sieht vor allem neue Kompetenzen und Befugnisse für die Bundespolizist:innen bei der Verfolgung von Straftaten und bei der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) vor. **Bundespolizist:innen sind künftig auch für die Strafverfolgung von Verbrechen zuständig** Im Bereich der TKÜ werden die Befugnisse der Bundespolizei ausgeweitet. Auch soll die Bundespolizei eine Befugnis für die Überwachung verschlüsselter Kommunikation (sog. Quellen-TKÜ) erhalten – allerdings ausschließlich zur Bekämpfung von Menschenhandel und Schleuserkriminalität.
- Auch wenn wir uns über eine sinkende 7-Tage-Indizenz, rückläufige Infektionszahlen und eine steigende Impfquote freuen dürfen und Anlass zur Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität besteht, ist noch immer Vorsicht geboten: Die bundesweite Gefährdungslage besteht fort. Deshalb werden wir im Bundestag das **Fortbestehen der epidemischen Lage feststellen und damit die geltenden Maßnahmen verlängert**. Noch immer stuft die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Ausbreitung des Corona-Virus als Pandemie ein. Zudem seien laut WHO die derzeit erreichten Fortschritte bei der Pandemie-Bekämpfung auch in der Europa-Region fragil. **Insbesondere neue Virusvarianten könnten die Fallzahlen weltweit wieder steigen lassen**. Auch das Robert-Koch-Institut (RKI) schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland insgesamt als hoch ein. Nach Einschätzung des RKI besteht in den Landkreisen weiterhin ein diffuses Infektionsgeschehen, weshalb von einer anhaltenden Zirkulation des Virus und seiner Mutationen in der Bevölkerung ausgegangen werden müsse. Wichtige Maßnahmen wie beispielsweise Schutzmaßnahmen (§28a IfSG) sowie Einreisebestimmungen (§36 8 und 10) müssen deshalb weiter aufrechterhalten werden.
- Auch die **18. Atomgesetz-Novelle** ist Thema diese Woche. Das Gesetz setzt zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts um. **Damit bringen wir jahrelange gerichtliche Auseinandersetzungen um den beschleunigten Atomausstieg nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima zu einem Ende**. Die Bundesregierung hat sich mit den vier Energieversorgungsunternehmen auf die Zahlung eines finanziellen Ausgleichs und auf die Beilegung aller mit dem beschleunigten Atomausstieg in Zusammenhang stehenden Rechtsstreitigkeiten verständigt. Die Bundesrepublik Deutschland zahlt einen Ausgleich in Höhe von insgesamt etwa 2,4 Mrd. Euro für unverwertbare Strommengen und für entwertete Investitionen.
- Wir wollen **Umweltschutz und Landwirtschaft zusammen denken**. Mehr als 275.000 landwirtschaftliche Betriebe produzieren täglich sichere und hochwertige Lebensmittel. Gleichzeitig werden laut Umweltbundesamt fast 9 Prozent aller Treibhausgase in Deutschland in der Landwirtschaft ausgestoßen. Im Rahmen der neuen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU werden Geldzahlungen an Landwirte künftig auch an die Einhaltung bestimmter ökologischer Standards geknüpft. Außerdem müssen Landwirt:innen künftig drei Prozent ihres Ackerlandes als nichtproduktive Flächen oder für Landschaftselemente vorhalten. **Mit den neuen Vorgaben soll der Beitrag der Landwirtschaft zu mehr Klimaschutz und Biodiversität gefördert werden**.

Highlights aus meinen Social-Media-Kanälen



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:
https://twitter.com/Timon_Gremmels/

fb.com/TimonGremmels
instagram.com/gremmels
twitter.com/Timon_Gremmels
linkedin.com/in/timon-gremmels



Timon Gremmels, MdB  @Timon_Gremmels · 6. Juni

Die bisherigen Landtagswahlen 2021 haben jeweils die Regierungschefs Kretschmann (Grüne), Dreyer (SPD) & Haseloff (CDU) gewonnen. Was heißt das für die **#Bundestagswahl**? Die Amtsinhaberin tritt nicht mehr an und der Vizekanzler [@OlafScholz](#) hat die größte Zustimmung. Alles offen!



Unterwegs im Netz, Wahlkreis und in Berlin

Bildergalerie



Im Gespräch mit dem Jugendverband „Entschieden für Christus“.



Im Gespräch im Waschsalon „Tante Minna“ über Herausforderungen für Startups.



Wir müssen jeden Tag für die Werte unserer Demokratie einstehen und Haltung zeigen.



Fahrradaktion vor dem Reichstagsgebäude der SPD-Bundestagsfraktion mit unserer Bilanz.



Im Gespräch mit Jörg Lamprecht vom Drohnenabwehrspezialisten Dedrone.



Diskussion mit Jugendlichen zum Klimaschutz.



Mit Nancy Faeser beim Parteitag der SPD Hessen-Süd am Bornheimer Hang.



Das schriftliche Abitur ist durch. Das erinnert mich an meine eigene Abizeit auf der Herderschule.



Unterwegs mit dem Rad am Hiroshima-Ufer an der „Spitzhacke“

Sofern Sie ausdrücklich eingewilligt haben, verwenden wir Ihre E-Mail-Adresse, um Ihnen regelmäßig Ihre gewünschten Informationen zu übersenden. Für den Empfang der Informationen ist die Angabe einer E-Mail-Adresse ausreichend.

Die Abmeldung ist jederzeit möglich, darauf wird z.B. auch bei jedem Newsletterversand unter Angabe des Links hingewiesen. Alternativ können Sie Ihren Abmeldewunsch gerne auch jederzeit an timon.gremmels.wk@bundestag.de per E-Mail senden.

